



Die chinesische Wirtschaft wächst und der Druck auf die natürlichen Ressourcen steigt. Gleichzeitig steigt aber auch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in China für Umwelt und Klimaschutz

Foto: argus/Schwarzbach

Umweltschutz und Bürgerbeteiligung in China

Der Umwelt- und Ressourcenschutz ist seit vielen Jahren ein wichtiges Aktionsfeld der aufkeimenden Zivilgesellschaft in China. Seit etwa Mitte der 90er Jahre bildet sich hier eine sehr bunte und engagierte Szene von einzelnen Umweltaktivisten - aber auch immer zahlreicher werdenden Bürgerinitiativen - heraus.

Die zweite UNO-Umweltkonferenz, die 1992 in Rio stattfand, gab entscheidende Impulse für die Entwicklung der chinesischen Umweltbewegung. 1994 gründete Professor Liang Congjie die erste Umwelt-Nichtregierungsorganisation (NRO) *Friends of Nature (FON - Ziran Zhi You)*, die sich zunächst vor allem für Naturschutz und Umweltbildung engagierte. So kämpften Aktivisten von FON beispielsweise für den Schutz der bedrohten Goldstumpfnasen Affen (*Rhinopithecus Roxellana*) in Yunnan. Im Jahr 2000 erhielt die Organisation von der deutschen Umweltorganisation *Save Our Future (SOF)* einen Kleinbus zur mobilen Umwelterziehung in Schulen in ländlichen Regionen. Inzwischen engagiert sich *FON* für zahlreiche weitere Projekte und zählt mittlerweile über 5000 Mitglieder.

Zahlreiche weitere Organisationen wurden in folgenden Jahren zunächst in Beijing, später auch in anderen Landesteilen ins Leben gerufen. Häufig geht die Gründung auf die Initiative einer engagierten Einzelperson zurück. *Global Village of Beijing (GVB - Beijing Diqiu Cun)* zum Beispiel wurde 1996 von Sheri Liao gegründet. Frau Liao hatte während eines Studienaufenthalts in den USA dortige Umweltorganisationen kennen gelernt und beschloss etwas Ähnliches in China auf die Beine zu stellen. *GVB* engagiert sich vor allem in der umweltbezogenen Stadtteilarbeit. Gemeinsam mit *Friends of Nature* und dem Umweltinformationszentrum *CESDRRC* wurde die Kampagne „Green Choice“ zum nachhaltigen Konsum ins Leben gerufen.

Die Organisationen *Yunnan Green Watershed* und *Green Earth Volunteers* sind u.a. durch die Koordination des Protests gegen die geplanten Staudammprojekte in Südwestchina bekannt geworden. Da die Gründerin von *Green Earth Volunteers*, Wang Yongchen, als Redakteurin von Radio Beijing über gute Kontakte zu an Umweltthemen interessierten Journalisten verfügt, gelang es den Organisationen die Aufmerksamkeit der Medien für ihre Anliegen zu gewinnen.

Das *Center for Legal Assistance of Pollution Victims*, das der China University of Political Science and Law in Beijing angegliedert ist, wurde 1998 von dem Juristen Prof. Wang Canfa gegründet. Die NRO bietet kostenlose Rechtsberatung für Opfer von Umweltverschmutzung sowie Unterstützung bei Klagen und vor Gericht. Weiterhin führt sie Trainings für Juristen und Beamte von Umweltbehörden durch.

Seit einigen Jahren werden auch in anderen Landesteilen Bürgerinitiativen aktiv. Die Organisation *Green Hanjiang* aus der Stadt Xiangtan wird von Yun Jianli geleitet, einer pensionierten Biologielehrerin. *Green Hanjiang* kritisiert die möglichen ökologischen Folgen, die der in Bau befindliche Kanal, der in großem Umfang Wasser nach Nordchina leiten wird, auf das Ökosystem des Yangzi und seiner Zuflüsse haben wird. Der Organisation ist es auch zu verdanken, dass die Öffentlichkeit auf illegale Abwassereinträge durch kleine Papierfabriken in einen Seitenfluss des Hanjiang und die schwerwiegenden gesundheitlichen

Folgen der Wasserverschmutzung für die Dorfbewohner entlang des Flusses aufmerksam wurde.

Der Südwesten Chinas, insbesondere die Provinz Yunnan, ist ein weiterer "Hotspot" der Umwelt-NROs. Viele der dort ansässigen Organisationen beschäftigen sich vor allem mit Themen des Arten- und Naturschutzes. Studentische Umweltorganisationen mit mehreren hundert Mitgliedern existieren mittlerweile an jeder größeren Universität.

Neben den einheimischen unterhalten inzwischen auch zahlreiche internationale NROs in China Repräsentanzen und unterstützen Projekte. Der Arbeit internationaler NROs ist es zu verdanken, dass globale Themen, wie zum Beispiel Klimawandel und Energienutzung, Gentechnologie, grenzüberschreitende Umweltverschmutzung und der Handel mit bedrohten Tieren und Pflanzen, in die chinesische Umweltbewegung hineingetragen werden.

Proteste gegen Staudammprojekte am Nujiang

Erstmals seit der Kontroverse um das Drei-Schluchten Projekt engagieren sich in China wieder Umweltaktivisten gegen ein Staudammprojekt. Der Widerstand der chinesischen Umweltbewegung richtet sich gegen ein großes Dammprojekt im Südwesten. Der Nujiang (Salween), einer der wenigen bisher unverbauten Flüsse in China, entspringt im tibetischen Hochland und fließt in tiefen Schluchten durch die Gebirge von Tibet und Yunnan, bevor er die Grenze nach Myanmar überschreitet.

Die ursprüngliche Planung sah den Bau von 13 Staudämmen vor, deren Energieproduktion das Drei-Schluchten-Projekt, das derzeit größte Staudammprojekt der Welt, noch übertreffen sollte. Die Dämme sollen am östlichen Rand des Himalajas im Gebiet des Hengduan Gebirges entstehen. Sie würden eine Landschaft unwiederbringlich verändern, die im Juni 2003 unter anderen auch wegen ihrer weltweit einzigartigen Artenvielfalt das Siegel UNESCO Weltnaturerbe erhielt.



Schöne neue Welt: Modell des Drei-Schluchten-Staudamms

Massiver Eingriff in die Umwelt: Bau der 185 Meter hohen Staumauer



Erste Kritik kam zunächst aus dem südostasiatischen Ausland. Im Dezember 2003 protestierte der thailändische Direktor der NRO *International Rivers Network (IRN)* beim chinesischen Botschafter in Bangkok gegen das geplante Projekt. Die Protestnote, die er bei dieser Gelegenheit überreichte, war von 82 Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen aus Thailand und Myanmar unterzeichnet. In China regte sich zu diesem Zeitpunkt bereits ebenfalls Unmut. Schon im September 2003 hatte die Umweltbehörde SEPA 30 Fachleute für Zoologie, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Geologie zur Anhörung zum Nujiang eingeladen. Die Experten äußerten Besorgnis wegen der möglichen negativen Auswirkungen für den Artenschutz und die betroffene indigene Bevölkerung der Region. Mehrere Fachleute hatten zuvor an dem Weltnaturerbe-Antrag bei der UNESCO mitgearbeitet.

Ende 2003 wurden die chinesischen NROs *FON* und *Green Earth Volunteers* erstmals von *Southeast Asia Rivers Network* kontaktiert und aufgefordert, sich dem Protest der südostasiatischen Nachbarn anzuschließen. Im Februar 2004 reisten auf Anregung der NROs 20 chinesische Journalisten, Umweltaktivisten und Naturschutzexperten in das Projektgebiet, sie interviewten vor Ort Beamte und Dorfbewohner, fotografierten und filmten. Eine Fotoausstellung in Beijing war in Vorbereitung. Dann kam im April 2004 die überraschende Meldung, Premierminister Wen Jiabao habe eine Zurückstellung der umstrittenen Projekte angeordnet und verlange weitere wissenschaftliche Untersuchungen. Ein Triumph, der das Selbstbewusstsein und den Optimismus der chinesischen Umweltbewegung stärkte.

Doch die Freude war nur von kurzer Dauer. Die Betreiber der Staudammpro-

Der Bau von Großstaudämmen in China ist auch immer Kristallisationspunkt der Umweltorganisationen wie beim Bau des Drei-Schluchten-Staudamms am Yangtse



jekte, so hieß es, hätten die geforderten Berichte über Umweltauswirkungen nachgereicht, der Öffentlichkeit bleiben sie allerdings vorenthalten. In der chinesischen Regierung drängte die für Energiepolitik zuständige Reform- und Entwicklungskommission auf die zügige Umsetzung der Vorhaben und erreichte, dass eine reduzierte Version des Vorhabens, die zunächst den Bau von 4 Staudämmen vorsieht, in den 11. Fünfjahresplan aufgenommen wurde. In einem offenen Brief, der auf der Internetseite von FÖN in Chinesisch und Englisch veröffentlicht wurde, forderten 92 chinesische Organisationen und 492 Einzelpersonen den Untersuchungsbericht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wie es nach dem chinesischen Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz vorgeschrieben ist. Diese Forderung wurde bisher nicht nachgekommen. Obwohl offizielle Stellen einen Baubeginn dementieren, haben Besucher im

Projektgebiet an verschiedenen Orten kleinere Baustellen gesichtet. Wang Shusheng, bis kürzlich Minister für Wasserbau, erklärte im April 2007 in einem Interview mit der South China Morning Post, es wäre angesichts der ungeheuren Potentiale ungenutzter Wasserkraft im ganzen Land töricht, ausgerechnet auf die Durchsetzung von kontroversen Projekten zu bestehen. Andererseits betonte er auch, dass er den Bau von einigen Staudämmen am Nujiang für machbar hält und ließ offen, ob er damit den von der Reform- und Entwicklungskommission favorisierten revidierten Plan für zunächst vier Staudämme unterstützt.

Der Fall APP

Seit vielen Jahren wird der weltgrößte und umstrittenste Papierhersteller Asian Pulp and Paper (APP) mit Sitz in Singapur und Indonesien wegen aggressiven Raubbaus an indonesischen und kambodschanischen Regenwäldern von Umweltschutzorganisationen scharf kritisiert. In China ist APP seit 1995 vertreten und besitzt dort inzwischen 13 große Papierfabriken. Greenpeace China hat in den vergangenen Jahren die Behörden und Öffentlichkeit auf durch APP Niederlassungen veranlasste illegale Rodungen von Regenwäldern auf Hainan und in Yunnan aufmerksam gemacht. Im November 2004 veröffentlichte Greenpeace einen Report für die nationalen Forstbehörde SFA, demzufolge im Süden Yunnans 183.000 Hektar Regenwald für die Pflanzung von Eukalyptus-Plantagen gefällt worden waren. In einem im Auftrag von Greenpeace gedrehten Videofilm berichten Bauern, dass der Konzern ihnen die Landrechte für Spottpreise (ca. 1 Euro pro Hektar) abgekauft habe.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Reports forderte der Hotelverband der Provinz Zhejiang ihre 417 Mitglieder zum Boykott von APP-Produkten auf. Zusammen mit einem Anschreiben verschickte der Verband den Untersuchungsbericht von Greenpeace sowie eine Liste der in Frage kommenden Produkte. APP reichte wegen des Boykottaufrufs umgehend Anzeige gegen den Hotelverband ein, die der Konzern jedoch im Februar 2005 wenige Tage vor dem Gerichtstermin zurückzog. Ein im

Fotos: UNEP/Chen/argus



UmweltschützerInnen engagieren sich gegen Waldzerstörung

Auftrag der Yunnaner Provinzregierung erstellter Bericht behauptete, nicht der Papierhersteller, sondern individuelle einheimische Bauern trügen die Schuld an den illegalen Rodungen. Die staatliche Forstbehörde SFA wies diese Behauptung zurück und klagte im März 2005 den Konzern wegen illegaler Abholzung an. Im gleichen Jahr ermittelten die Umweltbehörden der Provinz Hainan gegen APP.

Der Konzern ist allerdings weiterhin in beiden Provinzen aktiv. Ein im Februar 2007 veröffentlichter Artikel „Papier-Gigant zerstört natürliche Wälder und versteckt sich hinter Philantrophie“ belegt, dass der mächtige Papierkonzern es sich inzwischen einiges kosten lässt, sein angekratztes Image in China aufzupolieren. In der Provinz Hainan, unter anderem Heimat des extrem gefährdeten Hainan Gibbon, legt APP weiterhin im großen Stil Eukalyptusplantagen an, deren Monokultur die heimische Artenvielfalt gefährdet. Zugleich geriert



Fotos: argus/Schwarzbach



Foto: UNEP/TangJargus

Das drängendste Umweltproblem Chinas ist die Versorgung mit sauberem Wasser

sich der Konzern jedoch als Umwelt- und Menschenfreund. 5,6 Millionen Dollar spendierte Sinar Mas, das indonesische Stammhaus von APP, für die Einrichtung einer „Hainan Sinar Mas Stiftung für Umweltschutz und Bildung“ sowie für ein Stipendienprogramm. Die Hainaner Provinzregierung sieht die APP Aktivitäten mit Wohlwollen, denn immerhin bedeuten die Eukalyptusplantagen eine positive Bilanz in punkto Aufforstung und damit Pluspunkte bei der angestrebten Zertifizierung als Ökoprovinz durch die Umweltbehörde SEPA. 2006 lud der Konzern den Vize-Präsidenten der regierungsnahen *All-China Environmental Federation (ACEF)* nach Hainan ein. Nach dessen Besuch änderte ACEF seine Position um 180 Grad. Die Vereinigung verlieh APP sogar eine Auszeichnung für umweltfreundliche Produkte. Daraufhin trat Sheri Liao vom GVB im Januar 2007 aus Protest aus dem Vorstand von ACEF aus.

Der Journalist Feng Yongfeng, der in seinem Artikel auf die Zusammenhänge von APP's philanthropischen Aktivitäten und der fortschreitenden ökologischen Zerstörung in den Regenwäldern von Hainan und Yunnan hingewiesen hat, berichtet, dass sowohl APP als auch die Yunnaner Lokalregierung versucht haben seine Reportagen, die zuerst auf der Internetseite der „Volkszeitung“ erschienen, zu verhindern. Sie kontaktierten die Redaktion und verlangten, dass der Artikel von der Internetseite entfernt werde, jedoch ohne Erfolg.

Die aufkeimende chinesische Umweltbewegung hat in ihrem Engagement gegen die mächtigen Industrie- und Wirtschaftsinteressen in den letzten Jahren an Profil gewonnen, doch bis sie sich völlig aus der zärtlichen Umklammerung durch die staatlichen Behörden lösen und von diesen unabhängig agieren kann, ist noch ein Stück zu gehen.

Eva Sternfeld, auf Umweltthemen spezialisierte Sinologin, arbeitet seit den frühen 80er Jahren zur chinesischen Umweltsituation. Seit 2000 ist sie als CIM-Expertin am China Environment and Sustainable Development Reference and Research Center (CESDRRC), einem dem chinesischem Umweltministerium SEPA unterstehenden öffentlichen Umweltinformations- und -bildungszentrum, in Beijing beschäftigt.

Kontakt: aiwastar@163bj.com, weitere Informationen zum CESDRRC unter www.chinaeol.net/cesdrcc

*www.fon.org.cn
www.gvbchina.org
www.greenchoice.cn
www.nujiang.ngo.cn
 Feng Yongfeng "Paper Giant Destroys Natural Forests, Hides Behind Philanthropy", <http://www.worldwatch.org/node/5010>*

Chinas Umwelt

Die chinesische Wirtschaft wächst in einem atemberaubenden Tempo, gleichzeitig steigt der Druck auf die natürlichen Ressourcen. Die Folgekosten dieser Schäden könnten in Zukunft das Wachstum der Wirtschaft aufheben. Dass die immensen Umweltprobleme die chinesische Gesellschaft zu destabilisieren drohen, hat jetzt auch die chinesische Obrigkeit aufgeweckt.

Von den 20 Großstädten mit der weltweit schlechtesten Luftqualität liegen 16 in China. Auch die zunehmende Klimaerwärmung ist für viele Regionen in China keine Horrorvision mehr, sondern alltägliche Realität. So steigen die Regenmengen im Süden weiter an, während die Niederschläge im Norden abnehmen. Schon heute hat die Landwirtschaft in den regenarmen Regionen mit sinkenden Ernteerträgen und Trinkwassermangel zu kämpfen. Allein 1996 ist die bebaubare Fläche von 130 auf 122 Millionen Hektar gesunken.

Das drängendste Problem ist die Versorgung mit sauberem Wasser. So stehen China mit seinen 22 Prozent der Weltbevölkerung nur sechs Prozent der weltweiten Wasservorräte zur Verfügung. 700 Millionen Chinesen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, da neben den Flüssen 25 der 27 großen Seen stark verschmutzt sind. In Zukunft werden viele Menschen ihr Trinkwasser teuer kaufen müssen.

Die chinesischen Gletscher sind im Laufe des 20. Jahrhunderts um 21 Prozent geschrumpft. Im tibetischen Hochland im Westen Chinas steigen die Temperaturen und lassen die Quellen der großen Flüsse Jangtse, Huanghe und Mekong in alarmierendem Tempo versiegen.

Das Land befindet sich in einer Zwickmühle: Einerseits will es die Energieversorgung sicherstellen, andererseits muss es die fortschreitende Klimaerwärmung bremsen. Mittlerweile ist China zum zweitgrößten Emittenten von Treibhausgasen nach den USA aufgestiegen. Einen erheblichen Anteil an den Emissionen hat die Verbrennung von Steinkohle, die mit einem Anteil von 70 Prozent die wichtigste Energiequelle Chinas ist. Prognosen zu Folge wird sich der Kohleverbrauch bis 2025 verdoppeln.

Die Regierung versucht gegenzusteuern und hat Anfang 2006 das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus Deutschland importiert, das feste Einspeisevergütungen für Windkraft, Sonnenenergie und kleine Wasserkraftwerke vorsieht. Bis 2020 soll der Anteil der Erneuerbaren auf ca. 20 Prozent der Stromerzeugung steigen. Probleme macht den Chinesen, dass sie für saubere Techniken wie Windenergie, die von Unternehmen in Europa entwickelt wurden, einen hohen Preis zahlen müssen. Ein seit Jahren versprochener Technologietransfer ist nicht in Sicht.

Auch der Verbrauch von Rohöl steigt in China weiter. Der Bedarf von zurzeit 7,2 Millionen Barrel pro Tag wird bis 2025 auf 20,6 Millionen Barrel steigen. Verantwortlich dafür ist vor allem die steigende Zahl der Automobile von rund 19 auf prognostizierte 199 Millionen 2025. Vorbildlich hat China Mindeststandards für die Energieeffizienz bei Autos eingeführt. Auch hier versucht Europa zu bremsen: Die Autolobby möchte die neuen chinesischen Umweltstandards aus den Angeln heben.

Ministerpräsident Jiabao hat angekündigt, über Preise und Steuern den Verbrauch von Wasser, Energie und Boden deutlich zu senken und als Ziel eine Kreislaufwirtschaft einzuführen. Hoffnung macht, dass sich in der chinesischen Zivilgesellschaft in den letzten Jahren eine Umweltbewegung herausgebildet hat, die mittlerweile an die 100 Umwelt-NGOs zählt.

Christiane Weitzel, Schwedt

*Quellen:
China: Edition Le Monde diplomatique Nr. 1, 2007
China, Indien, Brasilien und Südafrika, SÜDWIND 2007*

Mehr dazu und warum die Führung in Peking auf eine harmonische Gesellschaft setzt, erfahren Sie in der Edition „China: Verordnete Harmonie, entfesselter Kapitalismus“, von Le Monde diplomatique aus Berlin. Die Beiträge in dem Heft analysieren die Beziehungen Chinas zu wichtigen Staaten und erörtern die politischen und sozialen Widersprüche sowie seine große philosophische und kulturelle Tradition. Zahlreiche Karten und Chroniken runden den umfassenden Einblick in die chinesische Gesellschaft ab.

*China
Verordnete Harmonie, entfesselter
Kapitalismus
Edition Le Monde diplomatique,
Nr. 1
Berlin, 2007
110 Seiten, 8,50 Euro
ISSN 1864-3876*

